

presse

Unfaire Praktika: Studie bestätigt Handlungsbedarf

Zur Veröffentlichung der DGB-Studie "Für einen fairen Berufseinstieg - dem Missbrauch von Praktika entgegenwirken" erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Immer noch behandeln viele Unternehmen Hochschulabsolventen schlecht. Sie stellen sie als Praktikanten oder praktikumsähnliche Beschäftigte an, weil angeblich die beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen fehlen. Die aktuelle DGB-Studie, bei der Absolventen an vier bundesdeutschen Universitäten befragt wurden, zeigt erneut, dass sich die Situation junger Menschen beim Berufseinstieg in den letzten Jahren nicht entspannt hat.

28 Prozent der Absolventen beginnen nach ihrem Studium ein Praktikum, obwohl sie schon während des Studiums durchschnittlich vier Praktika absolviert haben. 40 Prozent der Praktika nach Studienabschluss sind unbezahlt, das heißt die Praktikanten werden finanziell weiterhin von ihren Eltern unterstützt, leben von Ersparnissen und 22 Prozent sind auf Sozialleistungen angewiesen. In Bezug auf die Qualität geben 81 Prozent an, dass sie vollwertige Arbeit geleistet haben. 75 Prozent geben an, dass ihre Arbeitsergebnisse im Betriebsverlauf fest eingeplant waren.

Diese Ergebnisse zeigen den dringenden Handlungsbedarf, Praktikanten besser zu schützen und Missbrauch zu verhindern. Praktikanten brauchen mehr Rechte. Dazu gehören die Aufnahme einer gesetzlichen Definition des Praktikums und die Pflicht zur Zahlung einer Mindestvergütung von 350,00 Euro. Klarstellend muss geregelt werden, dass auch ein Arbeitsverhältnis, das falsch bezeichnet ist (zum Beispiel als Praktikum oder Hospitanz), zu einem regulären

Vergütungsanspruch führt. Die Zeit der Betriebszugehörigkeit im Rahmen eines Praktikums muss nach dem Kündigungsschutzgesetz auf das anschließende Arbeitsverhältnis angerechnet werden. In das BGB soll eine Regelung zur Beweislastleichterung aufgenommen werden; werden Tatsachen vorgetragen, die vermuten lassen, dass nicht ein Praktikum, sondern ein Arbeitsverhältnis vorliegt, soll der Arbeitgeber die Beweislast für das Gegenteil tragen. Zudem muss die nur für Praktika geltende Ausnahme von der Pflicht zum schriftlichen Vertragsabschluss gestrichen werden.

Diese gesetzlichen Klarstellungen sind unausweichlich und notwendig. Die Bundesregierung schaut bislang tatenlos zu. Schon in der Großen Koalition hat Bildungsministerin Schavan Verbesserungen abgelehnt. Erneut fordern wir deshalb die Bundesregierung auf, endlich zu handeln und unsere Forderungen umzusetzen.